



Wachstumsdruck, Massentierhaltung: Dass dies gegen das Tierwohl geht, wissen die meisten Bauern. Dennoch finden sie keinen Ausweg aus der Misere.

Foto: Friso Gentsch/dpa

## Formfehler legt Kita-Neubau in Bayern lahm

München – Wegen einer fehlenden Richtlinie in Bayern können nach Angaben des Städtetags aktuell viele Hundert Kitaplätze nicht wie geplant ausgebaut werden. „Die Situation ist ärgerlich: Finanzmittel sind vorhanden, können aber derzeit nicht abgerufen werden. Viele Städte und Gemeinden haben fertige Pläne zum Ausbau oder Neubau von Kitaplätzen in der Schublade, können aber nicht mit dem Bau beginnen, weil der Freistaat das Konjunkturprogramm des Bundes noch nicht umgesetzt hat“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Markus Pannermayr (CSU). Alleine in München sei dadurch der Bau von 544 Kitaplätzen zurückgestellt, im Markt Feucht (Landkreis Nürnberger Land) seien es 175 und in Heilsbrunn (Landkreis Ansbach) seien es 148. „Keine Kommune kann es sich gerade in diesen schwierigen Zeiten leisten, auf Fördermittel des Bundes zu verzichten“, betonte Pannermayr. Die Förderphase sei bewusst sehr kurz gesetzt, da der Bund schnell mit Bauinvestitionen die Belegung der Konjunktur anstoßen wolle. „Daher muss auch der Freistaat schnell handeln.“

Das zuständige Sozialministerium erklärte auf Anfrage, dass das Verfahren derzeit in der finalen Abstimmung sei. „Dies ist den Kommunalen Spitzenverbänden auch bekannt“, sagte ein Sprecher. Das Bundesprogramm sehe neben der Finanzierung von neuen Betreuungsplätzen auch Investitionen in Hygienemaßnahmen vor. „Zudem hat der Freistaat das 4. Sonderinvestitionsprogramm, das der Bund nun verstärkt, bereits um rund 352 Millionen Euro aus Landesmitteln aufgestockt. Daher ist zunächst die Entscheidung zur Verteilung der zusätzlichen Bundesmittel notwendig.“

Die Nachfrage zum Ausbau von Kitaplätzen sei unverändert hoch. Aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes stünden Bayern rechnerisch knapp 160 Millionen Euro zu. „Städte und Gemeinden sind derzeit gezwungen, dringende Baumaßnahmen aufzuschieben, denn sonst würden sie den Anspruch auf Fördermittel des Bundes verlieren“, sagte Pannermayr. Um nicht unnötig Zeit zu verlieren, müssten die Bezirksregierungen Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausstellen. dpa

## Bär will Babypause für Top-Manager

München – Dorothee Bär (CSU) will auch Top-Managern in Aktiengesellschaften den Weg zu einer Art Eltern- oder Pflegezeit öffnen. „Es ist wichtig, dass wir auch auf Vorstandsebene ermöglichen, eine Auszeit nach der Geburt eines Kindes oder zur Pflege Angehöriger zu nehmen“, sagte die Staatsministerin für Digitalisierung dem „Handelsblatt“. Dabei geht es nicht darum, dass Vorstände Elterngeld bekommen sollen, wie eine Sprecherin betonte, sondern darum, „das Mandat ruhen lassen zu können, ohne aus dem Vorstand ausscheiden zu müssen und ohne dass man in der Zeit Haftungsrisiken trägt“. Bär kritisierte die aktuelle Gesetzeslage: „Das Aktienrecht ist hier noch ein echter Dinosaurier, der nicht mehr in die heutige Lebenswirklichkeit passt.“ Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften kommen demnach derzeit nicht in den Genuss der Regelungen für Eltern- oder Pflegezeit, weil sie rein rechtlich nicht als Arbeitnehmer gelten. Das stellt sie im Fall, dass sie eine Babypause machen wollen, vor ein Dilemma: Zwar können sie mit Zustimmung des Aufsichtsrates pausieren, doch sind sie dann weiter haftbar. Wollen sie dies verhindern, müssten sie das Mandat ganz abgeben. „Wir brauchen sichtbare Vorbilder für die Vereinbarkeit von Karriere und Familie“, forderte Bär. Wer Verantwortung im privaten Bereich übernehme, dürfe nicht im Berufsleben dafür bestraft werden.

Auf Elterngeld hätten viele Top-Manager ohnehin kaum Anspruch, denn die Leistung gibt es nur für Mütter und Väter, die gemeinsam nicht über mehr als 500.000 Euro verfügen. dpa

# „Die Bauern werden geopfert“

Bauernhöfe müssen heute beständig wachsen, um überleben zu können. Auf Dauer wird dies aber keine Zukunft haben, kritisiert Isabella Hirsch von der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft.

*Frau Hirsch, der Einfuhrstopp einiger asiatischer Länder für deutsches Schweinefleisch aufgrund der Afrikanischen Schweinepest bringt die hiesigen Erzeuger sofort in Existenznöte. Warum?*

Weil das System in der konventionellen Landwirtschaft grundsätzlich falsch läuft und schon lange nichts mehr mit bäuerlichen Zielen zu tun hat. Das betrifft vor allem die Weltmarktorientierung und die Exporte von Lebensmitteln in großem Stil. Dass man einzelne Produkte exportiert und importiert, ist in einer globalisierten Welt zwar ganz normal. Aber es kann nicht darum gehen, Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte, die andere Länder selbst herstellen können, rund um den Globus zu schicken. Und wir lehnen auch den massenhaften Import von Soja als Futtermittel ab, nur um bei uns Schweine im Übermaß zu züchten und so eine Überproduktion hervorzuheben – die ja geradezu zum Export zwingt. Wir bringen das Fleisch in andere Länder – und essen in manchen Bereichen nur die Edelteile. Was auch noch hier bleibt, sind die Nitratabfallstoffe des Sojas.

*Was wollen Sie?*

Kurz gesagt: Lebensmittel auf heimischem Boden so ordentlich wie möglich und unter Berücksichtigung der Natur und der Tiere für die Menschen vor Ort erzeugen. Und dabei als Bauern wertgeschätzt werden – sowohl monetär als auch von der Gesellschaft. Notwendig dafür ist Transparenz in der Produktion, und deshalb halten wir Kontakt und gehen in den Dialog mit den Umwelt- und den Verbraucherschutzverbänden. Das sind keine Gegner für uns – das sind Partner.

*Viele Landwirte, die im konventionellen Rahmen produzieren, fühlen sich ja selbst von den Marktmechanismen völlig unter Druck gesetzt. Man muss immer weiter wachsen, um zu überleben.*

Ja, Agrarpolitik, Weltmarktorientierung und die entsprechende Beratung für die Bauern geben erst mal diese Richtung vor. Aber die bäuerlich orientierten Landwirte weisen schon lange darauf hin, dass regionale Kreisläufe sinnvoller sind. Wir wollen die Überproduktion und den Lebensmittelmüll eindämmen. Da auch hier der größte Hebel das Geld ist, wären die Direktzahlungen der EU, welche die Agrarminister ja legalisieren, das beste Mittel, um umzusteuern.

*Wie?*

Ganz einfach: Man sollte die regionale, nachhaltige Landwirtschaft fördern. Und das muss ja nicht unbedingt gleich Biolandwirtschaft sein. Es muss Anreize geben, die

Pestizide und die Düngemittel zu reduzieren und das Tierwohl zu verstärken. Doch dem stehen immer noch die traditionellen Verbände wie der große Bauernverband entgegen. Und dort gibt es eben die alten Verbindungen zu den Düngemittelherstellern, der Landtechnikindustrie oder dem Bau- und Bankwesen.

*Da kämpfen Sie gegen eine übermächtige Lobby.*

Ja, weil es dort zumeist um politischen und wirtschaftlichen Einfluss geht. Deutschland ist traditionell ein Land, das sehr viel Wert auf Exporte legt. Und auch die Bauern werden dazu hergenommen, neben ihren Produkten auch Technik zu exportieren und zu zeigen, was die Deutschen so können. Dafür werden die bäuerlichen Familienbetriebe geopfert, wenn man sich solche Handelsabkommen wie Mercosur oder TTIP anschaut. Die Landwirtschaft, die wir draußen haben, mit riesigen Ställen und Güllelastern, die ist nicht vom Himmel gefallen – die hat die Politik so geschaffen.

*Wie könnte ein Systemwechsel in der Landwirtschaft aussehen?*

Es gibt für den Einzelnen durchaus die Möglichkeit, Landwirt zu bleiben – aber das wird dauerhaft nicht unter diesem Wachstumsdruck gelingen. Man muss jeden einzelnen

*wirt erwarten ...*

... was ich verstehen kann. Ich und meine Familie waren selbst einmal mit 80 Kühen in diesem System – und eine 80-Stundenwoche war nicht die Ausnahme. Dann haben wir einen zweiten Wachstumsschritt gemacht und bei noch größerer Arbeitsbelastung immer noch das gleiche Einkommen gehabt. Und beim dritten Wachstumsschritt haben wir dann innegehalten – und uns dann entschieden, aus der konventionellen Milchviehhaltung auszusteigen.

*Warum fällt der Wandel, den Betrieb zu verkleinern, regionaler und nachhaltiger zu werden, so schwer?*

Der Druck, immer so weiterzumachen wie bisher, wird natürlich auch von jemandem erzeugt. Ich sage klar: An landwirtschaftlichen Schulen, den Landwirtschaftsämtern und auch im Bauernverband wird immer noch diese Richtung propagiert und den Landwirten das Wachstum als großes Ziel vorgehalten. Ich war auf Versammlungen, da war die Rede davon, dass beispielsweise die Milchbauern die Ölscheichs von morgen sein würden, weil China unsere Milch brauche. Das sind fast schon Werbeversprechen. Aber man darf nicht darauf reinfallen und glauben, dass so etwas gut durchdacht ist, nur weil es von einem Verband oder einem Amt kommt. Hier muss man als Landwirt immer sehr kritisch sein.

*Aber sind Landwirte nicht eben auch Unternehmer, die selbst die Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu tragen haben?*

Wachsen zu wollen, dafür zu investieren und sich zu verschulden, ist natürlich für einen Unternehmer ein Stück weit normal. Aber für die meisten geht es in eine Richtung, wo es für sie immer gefährlicher und die Chance zum Richtungswechsel immer kleiner wird. Wenn man erst mal einen großen Milchvieh- oder Schweinestall gebaut hat, dann ist man da 20 Jahre durch Schulden und Förderung gebunden. Selbst wenn der Milch- oder der Schweinepreis sinkt oder Märkte wegbrechen, bleibt einem ja gar nichts anderes übrig, als einfach erst mal so weiterzumachen.

*Sind die konventionellen Landwirte also auf Gedeih und Verderb in den jetzigen Mechanismen gefangen?*

Natürlich muss man sich Veränderungen gut überlegen, weil man viel Geld investiert hat. Aber immer weiter in eine Richtung zu gehen, die nichts bringt, außer steigender Arbeitsbelastung und Verantwortung, treibt einen immer mehr in den Abwärtsstrudel – bis vielleicht zu dem Punkt, an dem man seinen Betrieb aufgibt. Mann muss Mensch bleiben können bei der Arbeit. Es gibt ein gutes Beispiel, das zeigt, dass Landwirtschaft von der politischen Seite gestaltbar ist. Vor 20 Jahren ist ein Zweig entstanden, den es so nirgendwo in Europa gibt. Das ist die Biogaslandwirtschaft. Egal, ob man das gut oder schlecht findet. Landwirte konnten diese Richtung einschlagen, weil staatliche Vorgaben da und sichere Einspeisevergütungen garan-

## Interview



mit Isabella Hirsch, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Franken

Betrieb anschauen, welchen Standort, welche Fähigkeiten, welche Flächen und welche Umgebung er hat. Liegt der Hof in der Nähe einer Stadt und kann sich Direktvermarktung lohnen, oder hat er Flächen, auf denen nur Weidehaltung möglich ist, oder hat er Flächen mit einer hohen Bodenpunktzahl (Anm. d. Redaktion: Qualität einer Ackerfläche)? Es gibt viele Fragen, die jeder Landwirt für sich klären muss, um Alternativen zu finden. Ich bin sicher, dass es sie gibt. Beispielsweise auch im Bereich der sozialen Landwirtschaft, also Bauernhof mit Kindergarten oder einer Einrichtung für Pflegebedürftige oder Erzeugergemeinschaften.

*Doch diesen Mut zum Kurswechsel kann man sicherlich nicht von jedem Land-*